Schweizerische Sicherheitspolitik und Europa

Autor(en): **Villiger, Kaspar**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **67 (1994)**

Heft 6

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-519857

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 438P12344

Bundesrat Kaspar Villiger, Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes, anlässlich des Symposiums der «Schweizerischen Gesellschaft Technik und Armee» (STA) in Yverdon:

Schweizerische Sicherheitspolitik und Europa

Das Thema Sicherheitspolitik geniesst in der Öffentlichkeit und im schnellebigen Politalltag trotz seiner offensichtlichen brennenden Aktualität keinen hohen Stellenwert. Die Legitimation eines Regierungssystems wird aber in Zukunft vermehrt auch daran gemessen werden, wieviel Sicherheit es der Bevölkerung gewährleisten kann.

Beurteilung der Perspektiven der europäischen Sicherheit

Die instabile Lage im sogenannten Krisenbogen, der vom Baltikum über den Kaukasus und den Nahen Osten bis zum Maghreb reicht, erfüllt uns mit Ratlosigkeit, ebenso der Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Das Unvermögen der internationalen Staatengemeinschaft, den Kriegsverlauf zu beeinflussen, kontrastiert krass mit der Euphorie, die vor drei Jahren an die Entstehung einer europäischen Sicherheitsordnung glauben liess.

Nach dem Ende des Kalten Krieges dominieren **Instabilität und Unsicherheit** die Lage. Neu ausgebrochene lokale Konflikte, die gewaltsam ausgetragen werden, enthalten ein Eskalationspotential und wirken über nationale Grenzen hinaus. An die Stelle einer klaren Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden tritt ein diffuses Gefahrenspektrum, wie etwa Terrorismus, organisiertes Verbrechen, gewaltsames Austragen von Konflikten auf dem Territorium von Drittstaaten, usw. So ergibt sich eine zunehmende **Verknüpfung von innerer und äusserer Sicherheit.** Wir werden immer mehr mit Bedrohungen konfrontiert, deren Ursachen zwar ausserhalb unserer Landesgrenzen liegen, deren Auswirkungen uns aber im Land selber betreffen.

Die Sicherheitspolitik muss vermehrt die Konfliktursachen an Ort und Stelle bekämpfen und sich auf eine wirksame internationale Zusammenarbeit abstützen (sog. **Offshore – Sicherheitspolitik).** Im Bewusstsein der Wichtigkeit von präventiven und stabilisierenden Massnahmen leistet die Schweiz umfassende Aufbau- und Entwicklungshilfe an Osteuropa. Versagen jedoch präventive Massnahmen, so ist ein Krisenmanagement erforderlich und die Bereitschaft unabdingbar, auch militärische Mittel einzusetzen. Seit mit der Beendigung des Kalten Krieges Aggression nicht mehr durch das Gleichgewicht militärischer Drohpotentiale verhindert werden kann, sind Kriege in Europa wieder möglich geworden. Keine neue Ordnungsmacht schreckt potentielle Aggressoren mit glaubwürdigen militärischen Sanktionsdrohungen ab.

Damit ergibt sich **für die Armeen eine neue Rolle,** die sie zum Instrument der Friedensförderung macht: Sie sollen Gewaltdrohungen mit der Möglichkeit zur Gewaltanwendung entgegentreten. Eine europäische Sicherheitsordnung, deren Verwirklichung noch in weiter Ferne ist, müsste die politischen und militärischen Instrumente zur Friedenssicherung koordinieren und die Voraussetzungen schaffen für ein gemeinsames Vorgehen bei militärischen Einsätzen. Ein kollektives Sicherheitssystem kann nur unter der **Voraussetzung** funktionieren, dass die Staatengemeinschaft bereit ist, ihre **Sicherheitsgarantien** auch dann einzulösen, wenn die Mitglieder dieser Gemeinschaft nicht unmittelbar bedroht sind, und wenn sie ihre Bereitschaft beweist, gegen potentielle Aggressoren mit der nötigen Entschlossenheit vorzugehen.

Die Übernahme solcher Verpflichtungen birgt Risiken, und dennoch kann Aggression nur mit einem kollektiven Sicherheitssystem wirksam entgegengetreten werden. Die NATO, die ihre politische Rolle mit der Aufnahme von Kontakten mit den ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts deutlich verstärkt hat, wird beim Aufbau einer europäischen **Sicherheitspolitik in Partnerschaft** eine wegweisende Rolle spielen. Auch die WEU hat mit dem Maastrichter Vertrag als europäische Pfeiler der NATO und als Verteidigungsbündnis der EU eine neue Rolle übernommen. Die KSZE, in der die Schweiz aktiv mitarbeitet, versucht ebenfalls, eine europäische Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Erst wenn ein solches kollektives Verteidigungsbündnis die europäische Sicherheit garantieren kann, wird die Schweiz abwägen müssen, ob sie sich einem solchen Sicherheitssystem anvertrauen kann und will.

Rahmenbedingungen der schweizerischen Mitwirkungen in einer europäischen Sicherheitsarchitektur

Die EWR-Abstimmung hat gezeigt, dass ziemlich genau die Hälfte der Schweizer/innen einer Öffnung zu Europa skeptisch gegenübersteht. Auch das Referendum gegen das neue Blauhelmgesetz beweist die **Zurückhaltung gegenüber einem aktiven internationalen Engagement.** Die traditionellen Funktionen der Neutralität (Sicherung des nationa-

len Zusammenhalts, Vermittlung von guten Diensten, Schutz der Alpentransversalen) haben an Bedeutung verloren. Die **Neutralität** bedarf deshalb dringend der Anpassung an die neuen Verhältnisse. Sie wird immer mehr als ein Akt der Desolidarisierung verstanden. Mit dem Interesse der internationalen Staatengemeinschaft an der Neutralität nimmt aber auch ihre Schutzwirkung ab. Zudem sind ihr auch aus technologischen Gründen Grenzen gesetzt (die Beschaffung eines Abwehrsystems gegen ballistische Raketen oder eines Aufklärungssatelliten übersteigt unsere Möglichkeiten). Trotzdem ist es mittelfristig weder möglich noch wünschbar, die Neutralität aufzugeben. Aber sie soll als Ausdruck unseres Willens zur Nichtkriegsführung dienen und nicht als Vorwand, um die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft zur Wahrung der kollektiven Sicherheit zu unterlaufen.

Der schweizerische Beitrag an die europäische Sicherheit

Weil die Teilnahme an Massnahmen zur kollektiven Friedenssicherung mit unserer Neutralität vereinbar ist, liegt es in unserem Interesse, unsere Beiträge an die europäische Sicherheit auf allen Ebenen auszubauen.

- Die **Zusammenarbeit** mit den mittel- und osteuropäischen Ländern auf wirtschaftlichem, politischem, rechtlichem und militärischem Gebiet sowie ihre aktive Unterstüztung muss weitergeführt werden.
- Im Rahmen der **Konflikt-Prävention** ist die Schweiz an verschiedenen KSZE-Missionen beteiligt. Ein besonderes Anliegen unseres Landes ist die Schaffung eines Hochkommissariats für Minderheitfragen.
- Im Bereich des **Krisenmanagements** planen wir, die Schweizer Blaumützen mit Blauhelmtruppen zu ergänzen. Solche Einsätze bei friedenserhaltenden Massnahmen könnten der Schweiz helfen, ein Solidaritätsdefizit abzubauen und damit auch mehr Sicherheit zu erlangen. Die Einsätze würden nur auf freiwilliger Basis erfolgen und die Teilnahme an militärischen Zwangsmassnahmen (peace-enforcement) ausschliessen.
- Mit der Ablehnung der Kampfflugzeug- und der Waffenplatzinitiative hat das Volk unterstrichen, dass die Schweiz kein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer in Europa werden will.
- Schliesslich drängt sich eine Normalisierung unseres Verhältnisses zur WEU und zur NATO auf sowie die Aufnahme von Kontakten, wie sie auch andere neutrale Staaten pflegen.

Innenpolitische Prioritäten in der Sicherheitspolitik

Es ist äusserst wichtig, dass über die zukünftige Sicherheitspolitik des Landes eine offene **politische Diskussion** geführt wird. Die Öffnung unserer Sicherheitspolitik muss mit dem Hinweis auf die instabile internationale Lage und den Migrationsdruck aus Krisengebieten verständlich gemacht werden. Eine erste Bewährungsprobe wird sie im Rahmen der Abstimmung über die Blauhelmtruppen zu bestehen haben. Diese könnten einen Beitrag leisten zur Stabilisierung der Lage in Europa, was auch für unsere Sicherheit entscheidend ist. Über die Armeereform '95 – sie ist eine angemessene Antwort auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen – wird in der Öffentlichkeit ein vertiefter Dialog zu führen sein. Schliesslich geht auch die politische Auseinandersetzung um den Weiterbestand unserer Armee weiter. Es wird über die Halbierung der Rüstungsausgaben, über die Schaffung eines Zivildienstes sowie über ein vollständiges Verbot der Kriegsmaterialexporte abgestimmt werden müssen.

Mit dem Entscheid für eine leistungsfähige, den neuen Herausforderungen angepasste Armee verhindert die Schweiz, dass sie zum sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer in Europa wird. Aber wir müssen in Zukunft noch vermehrt unseren Willen zeigen, solidarische Mitverantwortung für die Sicherheit des europäischen Kontinents zu übernehmen.

Adresse für Stellenvermittlung und -angebote

Redaktion «Der Fourier»
Stellenvermittlung
Postfach 2840
6002 Luzern

Freiwilliger Solidaritätsbeitrag

Postcheckkonto:
SBG Zürich 80-2-2
Konto Nr.: 440.270.40 Z/288
Vermerk:
«Solidaritätsbeitrag für stellenlose Militärangehörige»